

Matti Hauer

Der Arbeitskampf im nationalen und europäischen Recht

Eine Untersuchung über den Einfluss des europäischen Rechts auf eine aus Art. 9 Abs. 3 GG abgeleitete Arbeitskampffreiheit am Beispiel des Tariferfordernisses



Nomos



Arbeitsrechtliche Schriften

herausgegeben vom
Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung

Band 2

Matti Hauer

Der Arbeitskampf im nationalen und europäischen Recht

Eine Untersuchung über den Einfluss des europäischen Rechts
auf eine aus Art. 9 Abs. 3 GG abgeleitete Arbeitskampffreiheit
am Beispiel des Tariferfordernisses



Nomos

Gefördert durch das Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht
der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Passau, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6783-0 (Print)

ISBN 978-3-7489-0887-6 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck
und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte,
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Kiitos rakas Äitili kaikesta.

†

Ria Hauer

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2018/2019 bei der juristischen Fakultät der Universität Passau als Dissertation eingereicht. Rechtsprechung und Literatur konnten bis November 2018 berücksichtigt werden, wobei zur Druckfassung einige Aktualisierungen mitaufgenommen werden konnten.

Herzlich bedanken will ich mich bei meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. *Frank Bayreuther* für die Betreuung sowie fortwährende Unterstützung des Promotionsvorhabens und seine Geduld hierbei. Danken möchte ich ebenfalls Herrn Prof. Dr. *Rainer Sieg* für die Erstellung des Zweitgutachtens.

Dank gebührt der *Hans-Böckler-Stiftung* für das gewährte Promotionsstipendium und ihr breites Förderangebot und schließlich dem *Hugo Sinzheimer Institut* für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Von unschätzbarem Wert war die vielfältige und zahlreiche Unterstützung, die ich während der Promotionszeit von Freunden, Begleitern und Helfern aus meinem persönlichen Umfeld erfahren habe. Zutiefst dankbar bin ich meinem Vater, *Siegfried Hauer*, auf dessen Rückhalt ich stets vertrauen konnte sowie für seine Unterstützung meiner Ausbildung. Zu meinem großen Bedauern konnte meine Mutter den mit großer Freude und auch Stolz erwarteten Promotionsabschluss nicht mehr miterleben. Ihr ist die Arbeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis:	19
Einleitung	25
Kapitel 1: Der Arbeitskampfbegriff	29
A. Bedeutung des Arbeitskampfbegriffs in der Praxis	29
B. Arbeitskampfbegriff in der Rechtsprechung	30
I. BAG, Urteil v. 20. Dezember 1963 – 1 AZR 428/62	30
II. BAG, Urteil v. 28. April 1966 – 2 AZR 176/65	31
III. BAG Urteil v. 30. September 2004 – 8 AZR 462/03	31
IV. Zusammenfassung	32
C. Bedeutung des Arbeitskampfbegriffes in der Literatur	32
I. „Weiter“ bzw. „offener“ Arbeitskampfbegriff	33
II. Einschränkung durch negative Ausgrenzung	35
III. „Enger“ bzw. „subsumtionsfähiger“ Arbeitskampfbegriff	36
1. Subsumtionsfähiger Arbeitskampfbegriff mit Indizwirkung	37
2. Subsumtionsfähiger Arbeitskampfbegriff als Rechtsbegriff	37
IV. Zusammenfassung	38
D. Ergebnis	40
Kapitel 2: Der Arbeitskampf im nationalen Recht	43
A. Umstrittene Reputation von Arbeitskämpfen in der BRD	43
I. Negative Konnotation	43
II. Arbeitskampf als Mittel demokratischer Partizipation	44
B. Begründungsansätze für ein Recht auf Arbeitskampf	45
I. Recht auf Arbeitskampf als Errungenschaft der Arbeiter	45
II. Funktion	45
1. Erkenntnis einer strukturellen Unterlegenheit durch die Wissenschaft	46

Inhaltsverzeichnis

2. Konzept der strukturellen Unterlegenheit im nationalen Recht	47
3. Kritik am Konzept der strukturellen Unterlegenheit	49
4. Stellungnahme	51
5. Zwischenergebnis	53
C. Verankerung der Arbeitskampffreiheit in der nationalen Rechtsordnung	53
I. Anderweitige verfassungsrechtliche Verankerung	53
1. Begründung aus dem Recht auf Selbst- und Mitbestimmung als Bestandteil der Menschenwürde	54
2. Anknüpfung an das Demokratie- und Sozialstaatsprinzip	55
3. Arbeitskämpfe im Schutzbereich der Meinungsfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 GG und der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 Abs. 1 GG	56
4. Verfassungsrechtlicher Schutz durch Art. 2 Abs. 1 GG	58
II. Arbeitskampffreiheit abgeleitet aus Art. 9 Abs. 3 GG	59
1. Tarifautonomie	60
2. Funktionale Berechtigung für die Tarifautonomie	61
a) Anerkennung eines Rechts auf Arbeitskampf aus Notwendigkeit	62
b) „Kernbereichsformel“	62
c) Verfestigung verfassungsrechtlicher Verankerung der Arbeitskampffreiheit	64
d) Abrücken von der „Kernbereichsformel“	65
e) Verfestigung Tarifbezogenheit und Lockerung	66
3. Exkurs: Kollektivmaßnahmen zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen als selbständiger Bestandteil der Betätigungsgarantie aus Art. 9 Abs. 3 GG?	67
III. Kritische Würdigung	70

Kapitel 3: Ein europäisches Recht auf Arbeitskampf als Bestandteil des nationalen Rechts	75
A. Artikel 6 Nr. 4 Europäische Sozialcharta (ESC)	75
I. Kontrollorgan der Europäischen Sozialcharta – Empfehlung des Ministerkomitees	77
II. Reaktion der Arbeitsgerichtsbarkeit	78
1. Verbindlichkeit von Art. 6 Nr. 4 ESC im nationalen Recht	79
a) Verhältnis völkerrechtlicher Verträge zum innerstaatlichen Recht	80
b) Umsetzung ins innerstaatliche Recht	82
c) Geltung im innerstaatlichen Recht	83
d) Unmittelbare Anwendbarkeit	83
e) Diskussion	88
2. Zwischenergebnis zur unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 6 Nr. 4 ESC	91
3. Ablehnung der unmittelbaren Anwendbarkeit von Art. 6 Nr. 4 ESC	92
a) Folgen einer „mittelbaren“ Anwendbarkeit des Art. 6 Nr. 4 ESC	93
aa) Grundsatz der Europa- und Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	93
bb) Bedeutung der völkerrechtsfreundlichen Auslegung für Art. 6 Nr. 4 ESC	95
cc) Richterrechtliche Umsetzung der Verpflichtung aus Art. 6 Nr. 4 ESC	95
b) Konsequenz einer rein „mittelbaren“ Anwendbarkeit von Art. 6 Nr. 4 ESC	96
4. Anwendung von Art. 6 Nr. 4 ESC in der Rechtsprechung	96
III. Ergebnis	100
B. Artikel 11 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	101
I. Die Europäische Menschenrechtskonvention im nationalen Recht	101
1. Rechtsprechung des BVerfG	102
2. Bedeutung von Art. 6 Nr. 4 ESC für die Auslegung von Art. 11 Abs. 1 EMRK durch den EGMR	104

Inhaltsverzeichnis

3. Streikrecht aus Art. 11 Abs. 1 EMRK nach der Rechtsprechung des EGMR	106
a) Ältere Rechtsprechung des EGMR zu Art. 11 EMRK	107
b) Rechtsprechungsänderung	108
c) Begründung und Bedeutung der Rechtsprechungsänderung	109
4. Diskussion des Paradigmenwechsels im nationalen Kontext	111
5. Auslegungsmethode des EGMR	112
a) Einheitliche Auslegung	112
b) Wertender Rechtsvergleich – Praxis der Vertragsstaaten	113
c) Dynamische und evolutive Auslegungsmethode	113
d) Kritik an der Auslegungsmethode	114
e) Stellungnahme	115
6. Grenzen der EMRK im nationalen Recht	118
a) Wirkung von EGMR-Entscheidungen im nationalen Recht	118
b) Verfassungsrechtliche Grenzen als höherrangiges Recht	119
b) Durch die EMRK vorgegebene Grenzen	120
c) Auflösungsproblematik bei mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen	120
C. Ergebnis Auslegungsmaßstab von Art. 6 Nr. 4 ESC und Art. 11 EMRK im Rahmen des Art. 9 Abs. 3 GG	121
Kapitel 4: Ein aus Art. 9 Abs. 3 GG abgeleitetes Tariferfordernis im Licht der ESC und EMRK	123
A. Hilfsfunktion des Arbeitskampfes für die Tarifautonomie	123
I. Konzeptionelle Kritik am Tariferfordernis von Arbeitskämpfen	124
II. Arbeitskampffreiheit als reines Eingriffsrecht	126
III. Verordnetes Tariferfordernis seitens des BVerfG?	128
IV. Fazit zur verfassungsrechtlichen Gebotenheit des Tarifbezugs	130
B. Die Vereinbarkeit des Tariferfordernisses mit dem Völkerrecht	132
I. Vereinbarkeit des Tariferfordernisses mit Art. 6 Nr. 4 ESC	132
1. Tariferfordernis als zulässige Einschränkung von Art. 6 Nr. 4 ESC	133

2. Schlussfolgerungen des Sachverständigenausschusses und die „Individuelle Empfehlung“ des Ministerkomitees	135
3. „Authentische Interpretation“ durch den Sachverständigenausschuss	135
4. Folgen einer Ablehnung einer „authentischen Interpretation“ durch den Sachverständigenausschuss	137
5. Zusammenfassung: Vereinbarkeit des Tariferfordernisses mit Art. 6 Nr. 4 ESC	138
II. Vereinbarkeit des Tariferfordernisses mit Art. 11 EMRK	140
a) Vereinbarkeit mit älterer Rechtsprechung des EGMR zu Art. 11 EMRK	140
b) Vereinbarkeit mit neuerer Rechtsprechung des EGMR zu Art. 11 EMRK	141
c) Vereinbarkeit bei Zugrundelegung der Auslegungsmethode des EGMR	142
aa) Streikrecht aus Art. 11 EMRK unter Tarifvorbehalt	142
(1) Berücksichtigung der Praxis der Vertragsstaaten (wertender Rechtsvergleich)	142
(2) Berücksichtigung anderer Völkerrechtsquellen im Rahmen einer systematischen Auslegung	143
bb) Tarifvorbehalt als Einschränkung nach Art. 11 Abs. 2 EMRK	144
(1) Gesetzesvorbehalt	145
(2) Legitimes Ziel	146
(3) Verhältnismäßigkeit des Eingriffs – „Notwendigkeit“	147
(4) „Notwendigkeit“ eines Tariferfordernisses	148
(5) Zwischenergebnis	150
(6) Weitere Faktoren im Rahmen der Interessensabwägung	150
d) Ergebnis	152

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 5: Die Arbeitskampffreiheit auf EU-Ebene	155
A. Fehlende Kodifizierung als Ausgangspunkt	155
B. Kompetenzverteilung	156
I. Unzuständigkeit der Union nach Artikel 153 Abs. 5 AEUV	157
II. Kompetenzen der EU durch die Grundrechtecharta	159
C. Arbeitskampffreiheit im Gemeinschaftsrecht	160
I. Positivrechtliche Verankerung der Arbeitskampffreiheit	160
1. Erklärung der Grundrechte und Grundfreiheiten	160
2. Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer	161
3. Bedeutung	161
II. Recht auf Kollektivmaßnahmen als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Gemeinschaftsrechts	162
1. Entwicklung der Rechtsprechung des EuGH	162
2. Grundrecht auf Kollektivmaßnahmen	163
a) Urteile in Sachen Viking und Laval	164
aa) Rechtliche Problematik	164
bb) Grundfreiheiten	165
(1) Niederlassungsfreiheit	165
(2) Dienstleistungsfreiheit	166
b) Viking	167
aa) Sachverhalt	167
bb) Urteil	168
c) Laval	169
aa) Sachverhalt	169
bb) Urteil	170
d) Kritik an den Urteilen	171
aa) Keine Übertragung der Albany-Rechtsprechung	171
bb) Unmittelbare Wirkung der Grundfreiheiten zwischen Privaten	172
cc) Abwägung zwischen Grundrecht und Grundfreiheit	173
e) Stellungnahme zu den einzelnen Kritikpunkten	174
aa) Keine Übertragung der Albany-Rechtsprechung	174
bb) Unmittelbare Wirkung der Grundfreiheiten zwischen Privaten	176
cc) Abwägung zwischen Grundrecht und Grundfreiheit	177
f) Zusammenfassende Stellungnahme	179

D. Arbeitskampffreiheit im Unionsrecht	181
I. Eigenständige Bedeutung eines Grundrechts auf Kollektivmaßnahmen als allgemeiner Rechtsgrundsatz im Unionsrecht	182
II. Arbeitskampffreiheit aus Art. 28 EU-GRC	186
1. Anwendungsbereich der Grundrechtcharta	186
a) Mitgliedstaatliche Bindung nach Art. 51 Abs. 1 EU-GRC	187
aa) Auslegung von Art. 51 EU-GRC	188
bb) Stellungnahme	190
b) Bestimmung des Anwendungsbereiches durch die Rechtsprechung	192
aa) Extensive Bestimmung des Anwendungsbereichs durch den EuGH	192
bb) Grenzen des Anwendungsbereiches durch das nationale Recht?	193
cc) Einschränkung des Anwendungsbereichs durch den EuGH	196
dd) Stellungnahme	197
c) Paralleler Grundrechtsschutz auf Unions- und mitgliedstaatlicher Ebene	198
aa) „Doppelung“ des Grundrechtsschutzes im Arbeitskampsrecht?	200
bb) Funktionale Unterscheidung statt „Grundrechtsdoppelung“	201
d) Problematische Fallgruppen mitgliedstaatlicher Bindung	202
aa) Bindung der Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung von Ermessensspielräumen	202
bb) Bindung der Mitgliedstaaten im Bereich der Grundfreiheiten	203
(1) Grundrechte als „Schranken-Schranke“ der Grundfreiheiten	203
(2) Kritische Stellungnahme zur Übertragbarkeit auf die Charta	204
(3) Grundrecht als „Schranke“ der Grundfreiheiten	206
e) Zusammenfassung	208
2. Horizontale Wirkung der EU-GRC?	209
a) Begriffsbestimmung	210

Inhaltsverzeichnis

b)	Horizontalwirkung der Grundrechtecharta	211
aa)	Horizontale Wirkung aufgrund Gleichrangigkeit von Grundrechten und Grundfreiheiten	212
bb)	Bindung Privater an die Charta bei der Durchführung von Unionsrecht durch Private	213
cc)	Kriterien der Rechtsprechung	214
dd)	Ablehnung einer horizontalen Wirkung	216
ee)	Stellungnahme	217
c)	Grundrechtsentfaltung im Bereich der Grundfreiheiten	220
aa)	Grundrecht beeinträchtigt durch Grundfreiheit?	220
bb)	Berufung auf die Chartagrundrechte zur Einschränkung der Grundfreiheiten?	221
3.	Schutzbereich von Art. 28 EU-GRC	225
a)	Entstehungsgeschichte – historische Auslegung	225
b)	Erläuterungen	228
b)	Interessenskonflikte	229
c)	Geschützte Maßnahmen	230
d)	Verweis auf das Unionsrecht und die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften	232
aa)	Ausgestaltung des Schutzbereiches	232
bb)	(Doppelte) Schrankenbestimmung	233
cc)	Keine eigenständige Bedeutung	233
dd)	Stellungnahme zur dogmatischen Einordnung	234
ee)	Bedeutung einer dogmatischen Einordnung	236
e)	Ermittlung des Schutzniveaus	238
aa)	Auslegungskorridor von Art. 28 EU-GRC	238
bb)	Schutzniveau durch Scharnierfunktion aus Art. 28 EU-GRC	239
cc)	Keine Beschränkung des Schutzniveaus auf Scharnierfunktion	242
dd)	Weitergehende Schließung von Schutzlücken	242
ee)	Schutzlückenbeispiel: grenzüberschreitender Einsatz von Streikarbeitern – staatliche Beschränkung	244
ff)	Schutzlückenbeispiel: grenzüberschreitender Einsatz von Streikarbeitern – Ausweitung des Arbeitskampfs	245

gg) Arbeitskämpfe gegen Beeinträchtigungen der Arbeitsbedingung aus dem Unionsrecht	247
4. Zusammenfassung zu Art. 28 EU-GRC	248
Zusammenfassung	251
Ergebnis: Der Arbeitskampf abseits des Tarifstreiks – eine Frage der Abwägung	265
Anhang: Skizze „LH-Tarifkonflikt“	271
Literaturverzeichnis	273

Abkürzungsverzeichnis:

a. A. =	andere Ansicht
a. a. O. =	am angegebenen Ort
ABl. =	Amtsblatt
Abs. =	Absatz
AcP =	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
AEntG =	Arbeitnehmer-Entsendegesetz
AEUV =	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
Anh. =	Anhang
Anm. =	Anmerkung
AöR =	Archiv des öffentlichen Rechts (Zeitschrift)
AP =	Arbeitsgerichtliche Praxis (Loseblattsammlung)
ArbGG =	Arbeitsgerichtsgesetz
AR-Blattei SD =	Arbeitsrecht-Blattei, Systematische Darstellungen und Gesetzestexte
ArbR-HdB =	Arbeitsrechts-Handbuch
AuR =	Arbeit und Recht
Art. =	Artikel
AÜG =	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AuR =	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
ausf. =	ausführlich
BAG =	Bundesarbeitsgericht
BAGE =	Entscheidungssammlung des BAG
BB =	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bd. =	Band
Beil. =	Beilage
Beschl. =	Beschluss
BGB =	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH =	Bundesgerichtshof
BGHZ =	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BVerfG =	Bundesverfassungsgericht

Abkürzungsverzeichnis:

BVerfGE =	Entscheidungssammlung des BVerfG
BVerwG =	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE =	Entscheidungssammlung des BVerwG
bzw. =	beziehungsweise
DB =	Der Betrieb (Zeitschrift)
ders. =	derselbige
dies. =	dieselbige
diesbzgl. =	diesbezüglich
DÖD =	Der öffentliche Dienst (Zeitschrift)
DÖV =	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DZWiR =	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (Zeitschrift)
Ebd. =	Ebenda
Ed. =	Editor(en) / Edition
EGMR =	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK =	Europäische Menschenrechtskonvention
ErfK =	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
EU =	Europäische Union
EuGH =	Europäischer Gerichtshof
EU-GRC =	Grundrechtecharta der Europäischen Union
EuGRZ =	Europäische Grundrechte Zeitschrift (Zeitschrift)
EuR =	Europarecht (Zeitschrift)
EUV =	Vertrag über die Europäische Union
EuZA =	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
EuZW =	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EzA =	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
f. =	die folgende (Seite/Randnummer)
ff. =	die folgenden (Seiten/Randnummern)
Fn. =	Fußnote
FS =	Festschrift
GG =	Grundgesetz
ggf. =	gegebenenfalls
GjZ =	Gesellschaft Junger Zivilrechtswissenschaftler e. V.
GS =	Gedächtnisschrift
HGR =	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
HB-EuR =	Handbuch Europarecht

Abkürzungsverzeichnis:

HB-GR =	Handbuch der Grundrechte
HK =	Handkommentar
h. M. =	Herrschende Meinung
HMB =	Henssler/Moll/Bepler, Der Tarifvertrag
HS =	Halbsatz
IAO / ILO =	Internationale Arbeitsorganisation / International Labour Organisation
IG Metall =	Industriegewerkschaft Metall
IGH =	Internationaler Gerichtshof
ILJ =	Industrial Law Journal (Zeitschrift)
insb. =	insbesondere
i. R. d. =	im Rahmen der/des
i. R. v. =	im Rahmen von
i. S. d. =	im Sinne des/der
i. S. v. =	im Sinne von
i. V. m. =	in Verbindung mit
JCMS =	Journal of Common Market Studies
jM =	juris Monatszeitschrift (Zeitschrift)
JZ =	JuristenZeitung (Zeitschrift)
Kap. =	Kapitel
krit. =	kritisch
KritV =	kritische Vierteljahrszeitschrift für Gesetzgebung und Rechtsprechung (Zeitschrift)
LAG =	Landesarbeitsgericht
Lit. =	Literatur
lit. =	litera (Buchstabe)
LitV =	Literaturverzeichnis
MüKo =	Münchener Kommentar
m. w. N =	mit weiteren Nachweisen
NjW =	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
m. j. w. N. =	mit jeweils weiteren Nachweisen
NK-GA =	Nomos Kommentar Gesamtes Arbeitsrecht
Nr. =	Nummer
NZA =	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NVwZ =	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
OLG =	Oberlandesgericht

Abkürzungsverzeichnis:

PersV =	Personalvertretung (Zeitschrift)
RdA =	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RGZ =	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn. =	Randnummer
Rspr. =	Rechtsprechung
S. =	Seite
SAE =	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen (Zeitschrift)
SGB =	Sozialgesetzbuch
Slg. =	Sammlung
s. o. =	siehe oben
S. p. A. =	società per azioni (italienische Form der Aktiengesellschaft)
(st.) Rspr. =	(ständige) Rspr.
StGB =	Strafgesetzbuch
str. =	streitig
TVG =	Tarifvertragsgesetz
Tz. =	Textziffer
u. a. =	unter anderem / und andere
UAbs. =	Unterabsatz
Urt. =	Urteil
v. =	vom
v. a. =	vor allem
VC =	Vereinigung Cockpit (Pilotenvereinigung / Gewerkschaft)
Verf. =	Verfasser
vgl. =	vergleiche
Vorb. =	Vorbemerkung
WVÜ =	Wiener Vertragsrechtskonvention (Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge)
WuW =	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
ZAR =	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (Zeitschrift)
ZaöRV =	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Zeitschrift)
z. B. =	zum Beispiel
ZBR =	Zeitschrift für Beamtenrecht (Zeitschrift)
ZESAR =	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (Zeitschrift)

Abkürzungsverzeichnis:

ZfA =	Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
ZfP =	Zeitschrift für Wirtschaftspolitik (Zeitschrift)
ZG =	Zeitschrift für Gesetzgebung (Zeitschrift)
Ziff. =	Ziffer
ZjS =	Zeitschrift für das Juristische Studium (Zeitschrift)
ZPO =	Zivilprozessordnung
ZRP =	Zeitschrift für Rechtspolitik (Zeitschrift)

